



Forstkammer
Baden-Württemberg
Waldbesitzerverband e.V.

Wald-O-Mat

Wald-O-Mat: Wir bringen den Wahlkampf in den Wald!

Die Informationskampagne „Wald-O-Mat“ der Forstkammer Baden-Württemberg e. V. informiert im Vorfeld der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 14. März 2021 über die Standpunkte der verschiedenen Parteien zu Themen rund um den Wald. Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und AfD stellen sich dabei unseren Fragen über aktuelle wald- und forstpolitische Entwicklungen.

Die Ergebnisse des schriftlichen Teils unseres Wald-O-Mats finden Sie auf den folgenden Seiten.

Die Videos zu den jeweiligen Interviews mit den Sprechern der verschiedenen Parteien finden Sie ab Mitte Februar auf der [Homepage](#), dem [YouTube-Kanal](#) sowie auf der verbandseigenen [Facebook-Seite](#) der Forstkammer.

Viel Spaß beim Wald-O-Mat wünscht Ihnen

das Forstkammer-Team

Forstkammer Baden-Württemberg e. V.
Tübinger Str. 15
70178 Stuttgart
Telefon: 0711 / 23 64 737
Telefax: 0711 / 23 61 123
info@foka.de

Stimme zu.
Stimme nicht zu.
Neutral.

Aussage	Bündnis90/ Die Grünen	CDU	SPD	FDP	AfD
Die Klimaschutzleistung des Waldes als Kohlenstoff-Senke muss finanziell honoriert werden.	Es kommt auf das Konzept an. Der Wald darf nicht isolitär betrachtet werden. Man muss die Landnutzung im Gesamten in den Blick nehmen.	Der CO2-Ausstoß wird besteuert, dann muss auch CO2-Speicherung honoriert werden.	Es sollten die Leistungen honoriert werden, die über die CO2-Bindung durch die bisherige Waldwirtschaft hinausgehen, wie z.B. ein Belassen alter Bäume im Wald.	Die finanzielle Lage der Waldbesitzer ist desaströs und muss besser gefördert werden.	Die ideologisch geprägte Klimapolitik tragen wir nicht mit. Der Wald ist ein Kulturgut und gehört auf anderen Wegen finanziell gefördert.
Es ist sinnvoll, dass in Baden-Württemberg zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel auch fremdländische Baumarten angepflanzt werden.	Die Regel ist Naturverjüngung, heimische Variationen und mind. 80% gebietsheimische Baumarten. Wichtig: die Ökosystem-Wirkung evaluieren.	Wir brauchen Baumarten, die sowohl in den Produkten verwendet werden können als auch zum Ökosystem passend sind.	Fremdländische Bäume sollen die absolute Ausnahme sein und Pflanzungen müssen wissenschaftlich begleitet werden.	Neue Bauarten aufgrund des Klimawandels sind dringend notwendig.	Im Sinne der Zukunftsfähigkeit und Tradition erachten wir die Anpflanzung fremdländischer Baumarten als sinnvoll und zielführend.

Aussage	Bündnis90/ Die Grünen	CDU	SPD	FDP	AfD
Die zukünftige Landesregierung soll ein landesweites Holzlagerkonzept erarbeiten, um für zukünftige Kalamitäten gerüstet zu sein.	Es muss Vorzug haben, künftigen Risiken vorzubeugen und sie zu minimieren. Wir fordern: Waldumbau für mehr Resilienz!	... dies auch, um bei weiteren größeren zufälligen Nutzungen in kürzester Zeit reagieren zu können und Planungssicherheit zu haben.	Die schleppende Nasslagererrichtung und -genehmigung der letzten zwei Jahre hat gezeigt, dass das nötig ist.	Die Waldbesitzer werden mit Holztransport und Lagerungen allein gelassen, das muss sich ändern.	Das einfachste Weg ist der Abbau bürokratischer Hindernisse zur Errichtung von Nasslagerplätzen. Genügend Erfahrungen sind vorhanden.
Die zukünftige Landesregierung soll die Holzbauoffensive des Landes fortführen.	Die dauerhafte Holznutzung ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Deshalb werden wir BW als Holzbauland Nr. 1 weiterentwickeln!	Die Verwendung von regionalem Holz ist aus Klimaschutzgründen und für unsere Forst- und Holzwirtschaft und für den Walderhalt wichtig.	Verbautes Holz bindet CO2 und Holzbau stärkt die Holzwirtschaft.	Zement, Ziegel und Holz können sich gegenseitig sehr gut ergänzen.	Holz ist ein heimischer nachwachsender Rohstoff. Die Förderung muss auf einheimische Herkünfte beschränkt bleiben.
Vor allem bei der Wärmeerzeugung soll mehr Holz als Ersatz für fossile Energieträger eingesetzt werden.	Den kostbaren Rohstoff Holz thermisch zu nutzen, muss letzte Stufe der Nutzungskaskade sein. Nur Restholz sollte direkt verbrannt werden.	Dies ist ein weiterer Baustein für eine CO2-neutrale Energieerzeugung mit kurzen Wegen und zum Vorteil für die Waldbesitzenden.	Es muss eine gute Balance aus Ökologie und Totholz im Wald einerseits und Energiegewinnung andererseits gefunden werden. Aber das heißt: Es gibt noch Potenzial für mehr Energie aus Holz.	Fossile Brennstoffe sind in Zukunft zu vermeiden, hier gibt es bessere Alternativen.	Die Erhöhung der Nachfrage durch Abbau von bürokratischen Hemmnissen stützt den einheimischen Holzmarkt, auch nach Schadensereignissen.

Aussage	Bündnis90/ Die Grünen	CDU	SPD	FDP	AfD
Die Förderprogramme für die Bewältigung der Klimafolgeschäden und für den Wiederaufbau der Wälder sollen von der künftigen Landesregierung fortgeführt werden.	Aber langfristig brauchen wir Vorsorgemaßnahmen, damit künftige Waldschäden ohne staatliche Hilfen bewältigt werden können.		Die Förderprogramme müssen verlängert und angepasst werden, solange die Schäden zu bewältigen sind.	Auch hier werden die Waldbesitzer allein gelassen, das muss sich wieder ändern.	Wir unterstützen, unabhängig vom Klimawandel, alle Förderungen zur Weiterentwicklung und zum Erhalt des Waldes in Baden-Württemberg.
Bei der Umsetzung der Förderung müssen Wege zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands für Förderempfänger und Verwaltung gefunden werden.	Das ist eine wichtige Aufgabe, um die Akzeptanz zu erhöhen.	Hierzu wurden schon erste Schritte durch die Einführung digitaler Plattformen unternommen - dies muss fortgeführt werden.	Bürokratieabbau ist Daueraufgabe und muss versucht werden; dabei ist die Sicherheit eines zielgerechten Mitteleinsatzes zu gewährleisten.	Bürokratieabbau in allen Bereichen ist eine zentrale, liberale Forderung.	Mit eines der obersten Anliegen der AfD ist der Abbau von unnötigem bürokratischem Aufwand. Dazu zählt auch die Vereinfachung der Förderung.
Weitere Schutzgebiete und Flächenstilllegungen im Wald werden in Baden-Württemberg nicht benötigt.	10% stillgelegte Flächen im öffentl. Wald: BW trägt so dazu bei, die Biodiversitätsstrategie und internationale Naturschutzziele umzusetzen.	Wir werden auch in Zukunft Schutzgebiete benötigen - wir wollen aber dynamische Insellösungen (AuT-Konzept) statt neuer Großschutzgebiete.	Es bedarf noch weiterer Schutzgebiete, eines weiteren Großschutzgebietes sowie weiterer Waldflächen, die aus der Nutzung genommen werden.	Waldflächenstilllegungen haben sich in der Vergangenheit nicht immer positiv entwickelt.	Die nachhaltige Waldwirtschaft hat über Generationen Rohstoffe und Arbeitsplätze bereitgestellt und die Kulturlandschaft geprägt.

Aussage	Bündnis90/ Die Grünen	CDU	SPD	FDP	AfD
Der Vertragsnaturschutz soll in der nächsten Legislaturperiode zum zentralen Instrument für den Natur- und Artenschutz im Wald ausgebaut werden.	Zentrales Instrument ist die gerade novellierte Richtlinie Waldnaturschutz. Jetzt gilt es, sie umzusetzen und adäquat auszustatten.	Dies ist eine gute Lösung, um die bisher integrierten Natur-schutzleistungen zu honorieren und sichtbar zu machen.	Der Vertragsnaturschutz kann neben anderen eines der Instrumente des Naturschutzes in Waldflächen sein.	Weitere Naturschutzauflagen sind zu vermeiden, Waldbesitzer wissen oft besser was für Ihren Wald gut ist.	Dies kommt einer Enteignung und Planwirtschaft gleich. Dies hat dem Wald in der Vergangenheit noch nie genützt, sondern geschadet.
Die Leistungen der Waldbesitzer für den Erhalt der Waldökosysteme muss stärker gewürdigt werden.	Wir werden die neue Richtlinie evaluieren, eine Klimaschutzprämie prüfen und handeln, wenn sich keine ausreichende Wirkung zeigt.	Auch hier gilt, es benötigt auch eine finanzielle Honorierung und gesellschaftliche Sichtbarkeit.	Es sollen Leistungen honoriert werden, die einen überdurchschnittlichen ökologischen Effekt haben und zu Mindererträgen führen.	Die CO2 Speicherung ist in der CO2 Bilanz finanziell zu berücksichtigen.	Wald ist Kultur- und Gemeingut. Daher müssen die privaten Waldbesitzer für ihre gesellschaftlichen Leistungen angemessen honoriert werden.
Zur Honorierung der vielfältigen Gemeinwohlleistung der Waldbesitzer soll eine neue Ausgleichszulage Wald eingeführt werden.	Wir wollen konkrete Gemeinwohlleistungen der Privatwaldbesitzenden entlohnen. Welches Instrument das richtige ist, soll eine Studie zeigen.	Gerade mit Blick auf die wachsenden gesellschaftlichen Ansprüche, halten wir die Honorierung für sinnvoll.	Statt einer Pauschalförderung nach Fläche bedarf es wie in der Landwirtschaft gezielter Förderung für konkrete umweltrelevante Leistungen.	Der Wald soll der Gemeinschaft als Erholungsnahgebiet weiterhin zur Verfügung stehen.	Gefördert werden muss die naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung in kleinen Einheiten und nicht der bloße Waldbesitz.

Aussage	Bündnis90/ Die Grünen	CDU	SPD	FDP	AfD
Die für Radfahrer im Wald geltende 2-Meter-Regelung (§ 37 Abs. 3 LWaldG BW) soll beibehalten werden.	Zudem wollen wir die aktuelle Regelung mit relevanten Akteur*innen an Runden Tischen überprüfen und die WaSEG-Vorschläge einbeziehen.	BW ist Tourismusland - die Ausweitung neuer Trails ist daher wichtig - aber immer im Miteinander mit den Waldbesitzenden.	Wir sehen keinen Grund, diese Regelung zu ändern.	Dieser Passus steht in unserem Wahlkampfprogramm, alles andere wäre kalte Enteignung.	Unter dem Aspekt der Ruhezeiten und Lenkung der Tourismusströme soll diese Regelung beibehalten werden.
Die Rechte der Waldbesitzer bei der Erholungsnutzung ihrer Wälder sollen gestärkt werden.	In stadtnahen, touristisch stark genutzten Wäldern befürworten wir eine Prüfung, ob es sinnvoll ist, die Rechte der Besitzer zu stärken.	Wir wollen ein neues Bewusstsein für den Wert des Eigentums fördern. Keine Maßnahme darf den Waldbesitzern übergestülpt werden.	Die Betretungsrechte im GG stehen nicht zur Debatte. Wild, Schutzgeb. und Sukz.flächen sollen aber stärker durch Verbote geschützt werden.	Grundsätzlich gilt der Grundsatz des Eigentums. Aufforstung und Jungwildbestand sind zu schützen.	Eine ausgewogene Nutzung des Waldes für alle beteiligten gesellschaftlichen Gruppen muss gewährleistet bleiben.
Die Rotwildgebiete in Baden-Württemberg sollen erhalten bleiben.	Keine Änderungen bis wissenschaftliche Grundlagen und ein Managementplan vorliegen, die eine Ausweitung der Rotwild-Lebensräume empfehlen.	In der aktuellen Situation ist dies auch mit Blick auf den Walderhalt wichtig. Der junge Wald darf nicht im Magen der Tiere enden.	Die Rotwildgebiete sind weitgehend aufzuheben, das Rotwild ist aber auf einem niedrigen Niveau zu regulieren.	Die Wildschadensregulierung muss unbürokratischer erfolgen.	Die AfD spricht sich für Wald mit Wild aus. Andere Bundesländer zeigen, dass ein Miteinander mit unserem Wappentier möglich ist.

Aussage	Bündnis90/ Die Grünen	CDU	SPD	FDP	AfD
Die Jagdpolitik soll den klimabedingten Waldumbau stärker unterstützen.	Eine naturnahe Waldwirtschaft und der Aufbau anpassungsfähiger Wälder dürfen durch Wildschäden nicht maßgeblich beeinträchtigt werden.		Die Bejagung muss sich den Erfordernissen der Waldverjüngung und Wiederbewaldung anpassen. Reh- und Rotwild sind entsprechend zu bejagen.	Waldeigentümer und Jäger müssen diese Thematik selbst klären.	Statt Bürokratie hat die Tradition von Hege und Pflege erfolgreich zu einem Ausgleich der Interessen von Waldnutzung und Jagd geführt.
Die Landesforstverwaltung soll weiterhin Betreuung und kostenfreie Beratung für die Waldbesitzer anbieten.	Weil die Herausforderungen wachsen, wollen wir die Beratung zum Waldumbau noch weiter ausbauen.	Grundsätzlich ja - es muss jedoch eine klare Abgrenzung definiert sein.		Weitere Personalaufstockungen sind hier dringend erforderlich.	Die AfD setzt auf die erfolgreiche, traditionelle und bewährte Bewirtschaftung unserer heimischen Wälder. Dies muss Landesaufgabe bleiben.
Die gestiegenen Betreuungsgebühren sollen überprüft und in Kalamitätszeiten abgesenkt werden.	Die Betreuungsgebühren entstehen am Markt. In der Krise greifen andere Instrumente, in Nicht-Krisen-Jahren gilt dasselbe Prinzip.	Wir werden uns politisch für eine unterstützende Anpassung in Zusammenhang mit weiteren Hilfsmaßnahmen einsetzen.	Diese Forderung muss wohlwollend geprüft werden.	Auch hier gilt der Grundsatz des Bürokratieabbaues.	Die schnelle Wiederaufforstung nach Schäden ist im Interesse des Landes und sollte generell nicht an Gebühren scheitern.

Aussage	Bündnis90/ Die Grünen	CDU	SPD	FDP	AfD
Der Holzverkauf aus dem Privat- und Kommunalwald soll zukünftig stärker über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse gebündelt werden.	Wir wollen vor allem die Gründung von großen Zusammenschlüssen weiter voranbringen.	Die FWZ können flexibel und vor allem dezentral und effizient agieren.	Wir wollen forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse fördern und unterstützen	Kleinwaldbesitzer können die Vermarktung nicht mehr alleine stemmen.	Im Sinne der Konkurrenzfähigkeit und des wirtschaftlichen Erfolges der Holzvermarktung ist dies zu befürworten und zu unterstützen.
Die Forstbetriebsgemeinschaften sollen als Selbsthilfeorganisationen für die Information und Unterstützung der Waldbesitzer gestärkt werden.	Die Bedeutung der Forstbetriebsgemeinschaften steigt mit der Reform und mit der Krise. Deshalb wollen wir sie weiter unterstützen.			Selbsthilfeorganisationen sind grundsätzlich immer ein gutes Werkzeug.	In der aktuellen Situation, auch im Hinblick auf die Konkurrenzmärkte ist dies zu befürworten, ähnlich den landwirt. Erzeugergemeinschaften.
Die zukünftige Landesregierung soll freiwillige Waldzertifizierung unterstützen und dabei alle anerkannten Systemen (PEFC, FSC, Naturland) unterstützen.	Wir Grüne empfehlen die FSC-Zertifizierung mit strengeren Bewirtschaftungsstandards.		Zertifizierung soll unterstützt werden, jedoch vorrangig FSC und Naturland.	Unterstützung ja, die Zertifizierungsart soll frei gewählt werden können.	Die Förderung der einheimischen Waldwirtschaft geschieht einfacher durch ein Herkunftszeichen als durch mehr Bürokratie mittels Zertifikate.

Aussage	Bündnis90/ Die Grünen	CDU	SPD	FDP	AfD
In einem Satz: Was möchten Sie in den nächsten fünf Jahren für die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer erreichen?	Maximale Unterstützung beim Waldumbau – hin zu klimaresilienten, ökologisch wertvollen Mischwäldern, die dauerhafte Holzerträge ermöglichen.	1. Stärkung der Eigentumsrechte, 2. starke Förderung der Zusammenschlüsse, 3. Ausbau der Beratung, 4. Honorierung der Klimaschutzleistung	Wir wollen erreichen, dass der Wald eine Perspektive im Klimawandel hat und Waldbesitzer wissen, auf welche Weise ihr Wald eine Zukunft hat.	Für die Waldbesitzer muss sich die Holzwirtschaft wieder lohnen.	Wir möchten alle forstwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg, auch die Kleinen, erhalten und zukunftsfähig machen.